

Reichsponent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzelexemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 30. Juli 1932

Nummer 61

Nun holt zum letzten Schlage aus!

Am Sonntag schmiedet das deutsche Volk sein künftiges Geschick.

Ein Wahlkampf unerhört, wie ihn die deutsche Geschichte noch nie erlebt, liegt dann hinter uns. Millionen Männer und Frauen standen als begeisterte Streiter in der Eisernen Front.

Die drei Pfeile waren das Symbol unseres Kampfes: Aktivität, Disziplin, Einigkeit.

Es geht um die Freiheit!

Hunderte unserer Mittäcker haben ihre Treue im Kampf für die Freiheit mit ihrem Blute bezahlt.

Kein Terror, keine Drohung, keine Lockung vermochte sie irre zu machen. Nun steht ihr am Sonntag am Umboß der Zeit; im Zeichen der Eisernen Front unter dem Banner der Sozialdemokratie.

Sie kämpft für politische Freiheit, wirtschaftliche Sicherheit und geistige Erneuerung.

Schlägt die Reaktion! Die Banner hoch! Vorwärts und durch! Freiheit!

Berlin, den 27. Juli 1932

Die Reichskampfleitung der Eisernen Front

Eine psychologische Wählerbetrachtung

Für jeden Wähler soll oder sollte doch die Abgabe seines Stimmzettels das Resultat einer vorausgegangenen geistigen Tätigkeit und der sorgfältigen Prüfung seines Gewissens sein, wodurch er sich über sein politisches Glaubensbekenntnis volle Klarheit verschafft hat. Ein denkender verantwortungsbewusster Wähler wird denn auch sehr auf dem Boden einer selbst durchdachten Überzeugung stehen, die durch seinerlei Tagessmeinungen und Agitationsmächen zu erschüttern ist. Diese Überzeugung wurzelt ihm unverrückbar in feststehenden politischen, weltanschaulichen und sozialen Anschauungen, und sie sind von ihm in klaren und bestimmten Richtlinien formuliert. Er ist sich über seine Stellungnahme zur äußeren Politik klar, er weiß, ob die hier entstehenden Konflikte besser auf dem Weg der Verständigung oder mit Gewalt zu lösen sind, ob er also Pazifist oder Militarist ist. Weiter wird er sich in der inneren Politik entscheiden können über Demokratie oder Diktatur, über Republik oder Monarchie, über sozialistische Planwirtschaft oder kapitalistische Profitwirtschaft, ebenso über alle andern Fragen der Politik und Wirtschaft. In Hand solcher Richtlinien wird es seinem Wähler schwerfallen, die für ihn richtige Partei zu finden, da auf Fragen dieser Art jede Partei offen Farbe behalten muß.

Leider sind aber Wähler dieser Art stark in der Minderheit, weil ja weil — auch der Demokrat kann's nicht leugnen — es eben mehr unverständige als verständige Menschen gibt. Aber nur genau, ihr Wortgläubigen und Autoritätsanbeter! Trotzdem lehnen wir eure nach dem Dreiklassenwahlrecht gerechte Waage ab, mit der ihr die Stimmen wägen und nicht zählen wollt. Wir wissen aus tausendjähriger Erfahrung, daß eine wie immer geartete Autoritätsversammlung stets die Sachwalterin einer wirtschaftlich oder militärisch stärkeren Minderheit ist und daher die Staatsmaschine, zur Sicherung der Mehrheitsrechte, als unerlässliches Sicherheitswesen der Demokratie bedarf. Ungeachtet dessen bleibt die Tatsache, daß wohl die Mehrheit der Wähler in politischen Dingen kaum eine unbewußte selbständige Entscheidung zu treffen vermag. Woß bei allen Menschen wirkt im Denken und Tun der Egoismus als wesentlicher und auch naturgewohnter Faktor mit, der seine Hemmungen findet in dem Maß ihrer geistigen und seelischen Anlagen. Während nun ein geistig und füllig hochstehender Wähler bei seinen politischen Entscheidungen auch die Interessen der Gesamtheit oder der Mehrheit mit erwägen wird, wird die Mehrzahl der Wähler von solchen Erwägungen kaum beschwert sein; hier entscheidet nur der eigne Nutzen. Des-

Wahlparole

Auch du mußt morgen wählen,
Das sei dir heil'ge Pflicht.

Bedenk: Man will dir stehlen
Die Freiheit und das Licht.

Fast nichts ist mehr dein eigen,
Oft kaum ein Stückchen Brot;
Ein wahrer Elendskreisengen
Ist diese Zeit der Not.

Läßt nicht dein Letzte rauben,
Das auch dein Bestes ist:
Den zukunftsrohen Glauben.
Bleib immer Optimist.

Eritt hin zur Urne, sechte
Mit Zuversicht im Blick
Und bann die finstren Mächte,
Stimm für die Republik.

Und schlag die Demagogen
Aufs Schuldbelad'ne Haupt,
Sie haben stets belogen
Das Volk — das ihnen glaubt.

Dann wird der Druck auch schwinden,
Der über Deutschland liegt;
Denn Frohsinn muß sich finden,
Wo Recht und Wahrheit siegt.

Es wird das schwerste Ringen,
Das jemals Wähler sahn —
Frisch auf! — Es muß gelingen:
Dem Fortschritt freie Bahn!

Erfurt

franz Tepper

halb finden wir auch in Sturm- und Notzeiten stets die größten Verschiebungen der Wählermassen, die ohne eigene fest politische Richtlinien directionslos in das Fahrwasser der jeweiligen politischen Konjunkturstromung geraten. Einen klaren Begriff von ihrer neu erworbenen „Überzeugung“ haben sie nicht, ihr geistiges Rüstzeug besteht aus angelesenen und aufgeschnappten Schlagworten: „Denn eben wo Begriffe fehlen, da steht ein Wort zur rechten Zeit sich ein. Mit Wörtern läßt sich trefflich streiten, mit Wörtern kann man ein System (!) bereiten, an Worte läßt sich trefflich glauben, von einem Wort läßt sich kein Zota rausen.“

Mit krassen Beispielen, die ein Bild von der seelischen und geistigen Verfaßung vieler Wähler geben, könnte man ganze Bände füllen, und jeder wäre in der Lage, hierzu Beiträge beizusteuern. Dabei sind diejenigen noch die Hartnäckigen, die sich damit begnügen, für die fehlenden Begriffe nur mit Wörtern zu streiten, wohingegen die robusten Naturen hierfür die durchschlagender Beweiskraft ihrer bewußneten Fäuste einsetzen. Mit welchem „Erfolg“, lesen wir täglich aus den erschütternden Beichten über die aus solchen Geistesverwirrungen geborenen Ausschreitungen. Ein Einblick in die Psyche weiter Wählermassen läßt erkennen, daß ihre Handlungen und Entwicklungen nicht unter dem Einfluß einer auch selbst durchdachten Idee, sondern unter dem nahezu hypnotischen Einfluß einer Psycho stehen. Unzählige, die unter den Nöten der Zeit leiden, stehen unter dem Bahn, daß sie durch Abgabe des „richtigen“ Stimmzettels möglichst schon am Tag nach der Wahl bessere Verhältnisse erzielen können. Niemand wagt ihnen zu sagen, daß diese Verhältnisse stärker sind als der Wille und die Macht ihrer erwählten Partei, sie wollen nur, es soll „anders“ werden und ohne eigenen geistigen Kostenaufwand. In der Erkenntnis dieser Dinge könnte man es schon begreiflich finden, wenn es Parteien gibt, die nicht auf dem Weg des gleichen Wahlrechts ihr Ziel erreichen oder behaupten wollen. Denn in der Psycho der Wählermassen, da lauert verborgen der Feind, von dem Jakob Audorf sagt: „Der Feind, den wir am meisten hasen, der uns umlagert schwarz und dicht, das ist der Unverstand der Massen, den nur des Geistes Schwert durchbricht.“ Dennoch muß das Ziel heißen: Mit den Massen, für die Massen! Und das Schwert des Geistes muß weiter wirken, um den Unverstand zu besiegen, der die Psycho der Wählermassen gefangenhält, auf daß der Wehruf bei ihnen endlich finde:

„Aus Qual und Leid euch zu erheben,
Das ist das Ziel, das wir erstreb'en!“

Hannover,

T. S.

Pflicht, Vaterland, Wahrheit

Es gibt Vollkreise, in denen das Wort „Pflicht“ sehr viel gebraucht wird. Es liegt hier vielen beständig auf der Jungs; gewöhnlich wird es andern mit einem Ton der Selbstgefährlichkeit vorwürfsvoll entgegengehalten. Stets ist man darauf aus, bei seinen Mitmenschen das Richterfüllen von Pflichten festzustellen, um dann bald polternd und roh, bald ernst und salbungsvoll mit vielen Vorwürfen und Ermahnungen bei der Hand zu sein.

Vielleicht spricht das Deutsche besonders viel und gern von Pflichten und Pflichterfüllung. Er hat ja auch noch eine andre Untugend: er spricht mehr als irgendein andres Volk von Nationalbewußtsein, Patriotismus, Vaterlandsliebe und, wenn es ganz selbstbewußt ausgedrückt werden soll, von Rassestolz. Auch hier ist stets übersteigertes Schuldgefühl, dünnhälfte Selbsterhebung der Ausgangspunkt von Vorwürfen oder sogar Herabsetzungen, mit denen man nicht sparsam umgeht. Es kommt sehr häufig vor, daß diejenigen, die so gern von Pflichten reden, die von andern erfüllt werden müssen, gleichzeitig auch die National- und Rassestolzen — so wie sie es aussäßen — sind.

Nun ist es so mit dem Menschen, der noch natürlich und vorurteilslos empfindet: von den geistig-seelischen Empfindungen und Willenstrieben, vor denen eine hohe Churfürst gefühlt wird, spricht man nicht gern. Es ist eine gewisse Scheu lebendig, die fürchtet, durch zu leichtfertigen und zu häufigen Gebrauch „das Erhabene in den Staub zu ziehen“. Zu allen Zeiten sind Menschen, die wirklich ganz wußten, was es bedeutet, Pflichten zu erkennen und zu erfüllen, still und bescheiden ihren Weg durchs Leben gegangen. Und dieser ihr Weg war ein Weg der Taten, tiefen und stärksten Pflichtbewußtseins. Geaprochen haben die Großen im Pflichterfüllenden und Pflichtausüben alleamt selten und meist nur innerlich widerkeckend von Pflicht.

Und ähnlich ist es mit dem Nationalbewußtsein oder besser gesagt, der Vaterlandsliebe oder dem Verbundenseinsgefühl mit Volk und Staat. Wer weiß, warum es sich dabei eigentlich in Wahrheit handelt, spricht nicht davon, wenigstens nicht lärmend und sich vordrängend, wie es die Übernationalisten tun, die mit Hodmut und Verachtung auf ihre Volksgenossen blicken und schier alles, was sie sagen, mit einem nationalistischen Phrasenschwall umgeben. Goethe, dessen Gedenktag wir jetzt haben, hat sich mit nationalen Worten niemals hervorgetan, troh feiner in mehrfacher Hinsicht stehender Stellung im Staat und der damaligen Geisteswelt. Das paßt den heutigen Präfationälisten ganz und gar nicht in den Kram. Mit Goethe können sie nicht fischen gehen, wenn sie für ihren frankhaften, unduldbaren, selbstüberheblichen Nationalismus werben. Der Geist eines Goethe war zu weltumspannend, zu welt- und menschenverstehend, zu tief und stark und einheitlich: er ließ sich nicht im engen Kreis des Nationalen bannen, selbst in schwerer Zeit nicht, wie sie auch damals über Deutschland lag.

Heute geht eine im höchsten Grad frankhafte nationalistische Bewegung durch Deutschland. In den Reihen dieser Nationalsanativer ist nichts von Churfürst vor dem Nationalen mehr zu finden. Hier ist alles Rausch und lärmende Wütigkeit geworden. Hier strömt beständig ein brausender, alles niederreißender Strom nationalen Wortschwachs durch die aufgerissenen Mäßen der politisch und vielfach auch sonst so ungehüten und Denksaulen. Hier füllt auch auf Schritt und Tritt das inhaltschwere Wort „Pflicht“. In welcher Verbindung wird nicht fortgesetzt vorwürfsvoll und verdammend andern vorgehalten, ihre Pflichten nicht erfüllt zu haben, besonders ihre nationalen Pflichten nicht! Noch nie mußten ernstempfindende Menschen ein so bitteres Gefühl beim Klang des Wortes „Pflicht“ haben als jetzt. Die Arbeiter, die sozialistisch und demokratisch und dabei pflichtbewußt gewerkschaftsfest und treu denken und handeln, werden in einer Weise verleumdet und heruntergerissen, wie es noch wohl keine Zeit erlebt hat. Und um solches verächtliche Tun windet man besonders gern inhaltsleeres Phrasengerant über Pflichten und Pflichterfüllungen oder Richterfüllungen. Das Richterfüllen ist stets auf der Seite der Andersdenkenden und das „heilige Pflichterfüllen“ auf der Seite der Übernationalisten zu suchen.

Wenn der Königsberger Philosoph Kant Inhalt und Umfang des Pflichtbegriffs so umschreibt, hat er unsre wärme und überzeugende Zustimmung: „Handle so, daß die Maxime deines Willens zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzesgebung gelten kann.“ Nichts andres will die freiheitlich und logisch eingestellte Gewerkschaftsbewegung. Und nun fragt sich einmal jeder ehrlich: „Wollen die Nationalsozialisten auch nach diesem grundlegenden Wort der Kantschen Philosophie handeln?“ Wenn man sich nur das alberne Haltenkreuz anseht und die von keiner ernstzunehmenden Wissenschaft vertretene Rassethorie anhört, ist kein Zweife mehr darüber möglich, daß es ein großes Unglück bedeuten würde, wenn aus solchem Geiste Gesetze für die Allgemeinheit entspringen würden. Hier weiß man nichts vom Wesen und der hohen Bedeutung der Pflicht, hier kennt man nur Unduldsameit, Gewalt, Parteilichkeit, Ungerechtigkeit in jeder Form. Darüber sollte jeder in der heutigen gefahrenschwangeren Zeit täglich, stündlich nachdenken. Was im Lager der Haltenkreuzer mit der Masse der Arbeiterfreundlichkeit, des Nationalen und des Sozialen nach Macht, nach diktatorischer Alleinherrschaft strebt, ist vielleicht die größte aller Gefahren, durch die das schwer geprüfte deutsche Volk seit nun bald zwei Jahrzehnten hindurch muß.

Es wird unmöglich sein, in der Gewerkschaftspresse irgend etwas zu finden, was das Pflichtempfinden der Leute ungünstig beeinflussen könnte. Die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen erziehen, wo immer sich dazu nur eine Handhabe bietet, zur Pflichttreue, zur Chrfürstlichkeit, Wahrhaftigkeit und zu einem nationalen Vollbewußtsein, das die größte aller Aufgaben kennt, nämlich die, alslett am eigenen Jch zu arbeiten und über das eigne Jch hinweg am eigenen Volk und Staat. Wer sein Volk wirklich liebt, das heißt auch die großen Massen, die so gern zwar mit Worten anerkannt, tatsächlich aber meistens zurückgestoßen werden, will, daß dieses Volk gut und tüchtig und edel wird. Und dieses Ziel kann nur erreicht werden auf Wegen der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Wahrhaftigkeit.

Selbstbewußtsein, Nationalbewußtsein, Vaterlandsliebe kann man nicht befehlen und auch nicht durch Rauschzustände erzeugen, wie der Nationalsozialismus es versucht. Wenn man eine Zeitlang gewissenlos, roh, verlogen alles und jedes heruntergerissen, befiehlt und begeiert hat, wenn schließlich nicht allein mehr mit hohen Worten auszukommen ist, dann erst muß sich zeigen, was in dieser Bewegung an wirklichem Gehalt und Wert steht. Was Bestand haben soll, muß stützliche Wurzeln haben, die sich durch nichts losren lassen. Wo sind diese im Haltenkreuzerum? Sie sind nicht da. Es ist unstrittig, die Menschen gegeneinander aufzuheben, den Gedanken des Herrnentums wieder auszutragen, die Menschen nach Geburt, Besitz, Bildung, Stand in Klassen einzuteilen. Es ist unstrittig, fortwährend und in allen Lagen des Lebens zu versuchen, die Wahrheit zu verborgen und zu vergewaltigen. Das ist das Große an der freien, sozialen und demokratischen Arbeiterbewegung: sie will mit allen Mitteln Wahrheit suchen, Wahrheit erlämpfen, Wahrheit verteidigen, wo sie sich durch Lüge und Heuchelei einen Weg gebahnt hat. U.

Der Nationalsozialismus und die Lösung des Arbeitslosenproblems

Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die nun schon seit Jahren in Deutschland herrscht, regt unwillkürlich zu der Frage an: „Was haben die Nationalsozialisten bisher zur Beendigung dieses Übels getan bzw. wie wollen sie die Arbeitslosigkeit aus der Welt schaffen?“ Die Antwort für den ersten Teil der Frage lautet kurz: Nichts; für den zweiten Teil: Schaffung einer Arbeitsdienstpflicht. Im allgemeinen hat man die Überzeugung, daß die Nazis die Arbeitslosigkeit mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln — fördern, denn dieser gewaltigen Not des deutschen Volkes verdanken sie zum großen Teil ihre Erfolge. Wenn man sich des ersten Ausschwungs der Hitlerbewegung erinnert, der damals nur ein örtlich begrenzter war und sich in der Ausschau nach Teile Bayerns und Hessen wiedert in besondere auf München befrankte, so war dies die Zeit 1922/23, die Zeit der Inflation mit ihren schweren Auswirkungen. Die damalige ungeheure Not der Massen wurde von den Agitatoren des „Dritten Reichs“ mit größter Demagogie ausgenutzt und brachte den Nazis einen gewissen Ausschwing und trug ihnen den Titel „Inflationspartei“ ein. Als die Inflation vorüber war und einigermaßen geordnete Verhältnisse in Deutschland kamen, war es mit dem Auftreten der Hitlerpartei zu Ende, und sie war wieder bedeutungslos geworden.

Aber gelernt hatten die Nazis aus der katastrophalen Zeit eine, daß in solch schwerer wirtschaftlicher Depression ihr Meilen blüht. Ihr Vorstreben war es, solche Zustände wieder herbeizuführen. Je länger und schwerer diese waren, desto besser für sie. Daraus ist es auch zu erkennen, daß man aus den Reihen der Nazis nie einen Vorschlag hört, der auch nur in etwas einem Weg oder ein Ziel zeigt, wie das deutsche Volk, wie die deutsche Arbeiterchaft aus der Wirtschaftskrise herausgeführt werden könnte. Im Gegenteil, wenn man sich den Ablauf der Geschichten der letzten Jahre vergegenwärtigt, so wird man deutlich gewahr, wie die Nazis ihre Hauptaufgabe darin sehen, das deutsche Volk immer tiefer in das Elend der Wirtschaftskrisen zu stossen, wie sie bemüht sind, das Vertrauen der Welt auf Deutschland zu zerstören, wie sie mit beispiellosem Zionismus den deutschen Kredit im Ausland unterminieren, damit das „System“ vernichtet wird. Und so kommt es, daß nach den verhängnisvollen Reichstagswahlen 1930 das Ausland seine kurzfristigen Kredite von Deutschland abzog. Als Folge davon stieg die Arbeitslosigkeit weiter gewaltig an, Not und Elend wuchsen. Aber nicht genug damit. Weiter wußte der Nationalsozialismus in Deutschland Elend, weiter bemühten sich die Leute um Hitler, die deutsche Wirtschaftskrise immer tiefer zu stürzen. Eine gerissene Agitation machte für das von den Nazis verschuldet Elend das „System“ verantwortlich und fand in weiten Kreisen des Volles und namentlich unter den Arbeitslosen ihre Gläubigen. Die Notverordnungen mit ihren schweren Eingriffen, die von der Brünningregierung erlassen wurden und die ihren erschrecklichen Grund in der durch die Politik der Nazis hervorgerufenen Not hatten, wurden das beste Agitationsmaterial der Hitlerpartei.

Als es trotzdem der Brünningregierung gelang, diese schweren Angriffe der Nazis abzuwehren, als Brünning im Verein mit den Sozialisten ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorlegte, das sofort einer Million Arbeitslosen sichere Beschäftigung in Aussicht stellte, und das weiter durch Rückstetigung von vielen Taufenden von Arbeitslosen auf die verkrachten Güter der ostelbischen Junker neue Wege aus der schweren Krise wies, und da Brünning auch im Ausland ein gewisses Vertrauen genug und für die nahen Verhandlungen in Lausanne die bestgeeignete

deutsche Persönlichkeit war, sah man Gefahr für die zugräßtigste Agitation der Nazis. Brünning und das „System“ wurden gesucht. Es kam die von Hitler unterstützte Papenregierung der Barone. Und es braucht wohl keines Weisjes, wenn man die Taten dieser Hitlerregierung betrachtet, wie diese mit unvergleichlicher Meisterhaftigkeit dafür sorgte, daß wir immer tiefer in Not und Elend versunken, um dadurch den Hitlerbewegung bei den bevorstehenden Reichstagswahlen zum Siege zu verhelfen. Die politischen Erfolge dieser Hitlerregierung in Lausanne waren kampfhaft, und von den Versprechungen, mit denen die Reichsbosschwestern hausten gingen, ist nichts erreicht worden. Wäre Brünning mit den „Erfolgen“ eines Papen von Lausanne heimgesucht, so hätte man ihn des Landesvertrags gejagt. Aber über die Taten der Papenregierung ist in der Nazipresse nur Theaterdonner zu vernehmen. Man ist in Wirklichkeit mit den „Erfolgen“ seines Schülers jüdzied.

Auf wirtschaftlichem Gebiet hat es die Regierung der Barone im Auftrage Hitlers versucht, durch Einführung der Arbeitsdienstpflicht dem Problem der Arbeitslosigkeit zu begegnen, allerdings auf stumpfsinnigem Wege und in stumpfsinniger Weise. Wäre die Sache nicht so blutig ernst, man wäre versucht, über dieses Vorgehen zu lachen. Im Mutterland des Faschismus, in Italien, sieht die Lösung der Weltwirtschaftskrise ganz anders aus als die von Hitler propagierte Arbeitsdienstpflicht. (Siehe Notiz unter „Allgemeine Rundschau“ der heutigen Nummer. Schrift.) Es sind fast sozialistische Tendenzen, die z. B. der Leiter der italienischen Flatterwehr zum Ausdruck bringt. Es liegt darin eine Bestätigung dafür, daß die Forderungen der Gewerkschaften auf Verkürzung der Arbeitszeit mit Lohnausgleich den einzigen Weg bilden, um aus der Not der Gegenwart herauszukommen.

Während man in Braunschweig eine Arbeitsdienstpflicht propagiert und die, die sich für die vierzehntägige Dienstwoche einsetzen, für Bankrotteure des Marxismus erläutert, tönt es aus Rom: Nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit kann die Welt genesen. In diesen Punkten kann man gewiß nicht behaupten, daß die deutschen Nationalsozialisten gelehrte Schüler Mussolini sind. Natürlich ist es leichter, den römischen Gruß zu kopieren, als den Welt einen brauchbaren Vorschlag zu machen, wie man aus der Gegenwartsmisere herauskommt. Aber, wie gesagt, man will es ja auch gar nicht. Man will ja den Fortbestand der Not und des Elends, weil — ja weil es der beste Nährboden des Nationalsozialismus ist.

An der Arbeiterschaft aber liegt es, dies zu erkennen und den Volksbetrüger die Masse vom Gesicht zu reißen. Dazu bietet sich am 31. Juli die beste Gelegenheit!

München. K.

Warum nennt Hitler seine Partei „Arbeiter“partei?

Die begriffliche Falschmünzerie ist von jeher ein Mittel gewisser Gewaltmänner, Ziel und Wirkung ihrer Gewaltmaßnahmen so einzuleiden, daß sie gerade in den Augen derer, gegen die sie gerichtet sind, zumindes harmlos, wenn nicht sogar als für sie möglich erscheinen. Den selben Zweck hat der Name „Arbeiter“partei für die zu überlappenden Arbeiter für Hitler. Das gehört zur Geheimwissenschaft der sich als „Herr“ führenden. Wie Hitler in Wirklichkeit über die Massen denkt, geht aus zwei seiner Äußerungen hervor, zunächst: „Wir wollen die Auswahl der neuen Herrenschaft, die sich darüber klar ist, daß sie auf Grund ihrer besseren Rasse (sie erklären sich einfach für besser), das rechtfertigt nämlich das Herrschaftsverlangen, und das ist der Zweck, aber sich ein Gewissen daraus zu machen und zu fragen, worin denn eigentlich die menschlichen Unterschiede bestehen — dem geben die geistigen Feiglinge aus dem Wege) das Recht hat zu herrschen und diese Herrschaft über die breite Masse rücksichtslos aufrechtzuhalten und führen.“ Diese Zeilen sprechen dafür, was die arbeitende Masse für sich zu erwarten hat. Und weiter: „Den Parteigenossen das Recht geben zu wollen über die Idee, oder sogar darüber zu entscheiden, ob der Führer noch der Idee treu ist oder nicht, wäre schlimme Demokratie, für die es bei uns keinen Platz gibt.“ Das mag allerdings einen Anhänger überlassen bleiben, wie weit sie sich mit dem Erlebniswechsel ihres „bötzlichen“ Adolf zufrieden geben. Wie aber die Masse aus sieht, die ein solcher „Führer“ braucht, sagt er uns sogar selbst in seinem Kampf: „Vom Soldaten wird unbedingter Gehorsam gefordert, der sogar Unrecht stillschweigend zu ertragen hat.“ Wie sich das auf Zivilisten auswirken soll, sagt uns die bekannte militärische Formel vergangener soldatischer Unterweisung: „Was der Soldat in seiner Dienstzeit erworben hat, soll er sich im zivilen Stand erhalten“, mit anderen Worten, der Arbeiter hat die Aufgabe, willensloses Werkzeug sogenannter Führer zu sein.

Nun zum Namen „Arbeiter“partei und was Hitler uns selbst über dessen Entstehung sagen hat. In seinem Buch „Mein Kampf“ kommt er infolge des Zusammenbruchs einer nationalsozialistischen Partei zu dem Ergebnis, daß Parteien dann keine Erfolg haben, wenn sie nicht die Massen hinter sich haben. Jedes Partei, die in Verfolgung ihrer Ziele mit gewaltfa men in Auseinandersetzung mit ihren Gegnern rechnen müssen. Nach Untersuchung über den Kampfwert der einzelnen Volkschichten stellt er fest, daß das Bürgertum je nach dem Grad seiner Sättigung mehr oder weniger geeignet ist als Kampftruppe, aber die arbeitenden Massen mit ihrer revolutionären Klarheit auf deren Ursache Hitler nur soweit ein-

geht, als es der national „sozialistischen“ Bewegung nicht schäbig ist sind unbedingt einzugliedern. Was ist zu tun, um die Arbeiter zu Anhängern seiner Partei zu machen, so fragte sich der Parteimacher. Der Name tut's! — also nannte er seine Partei „Arbeiterpartei. Aber für nichts steht der Mensch seine Kraft nicht ein, er will unerträgliche Besitztigen; das Ziel ihrer Wünsche nennen die Arbeiter Sozialismus — also setzte er dieser „Arbeiterpartei“ das Wort „sozialistisch“ vor. Ebenso haben vor ihm manch andere blücherliche Parteihäupter gedacht: Die Nationalliberalen und Konservativen der Vorkriegszeit gaben ihren Parteien nach dem Kriege das Anhängsel „Volkspartei“ und verprachen sich damit Zulaus aus dem Volk. Und allen diesen sind die Arbeiter nur Mittel für die Zwecke ihres Wohlergehens, die Arbeiter sollen in ihren Dienst gezwungen werden, mit allen Mitteln des Zwanges und der Verbefüllung, sie sprechen im Namen der „Wirtschaft“ und denken dabei nur an sich. Das Machwerk zur Sicherung ihrer Lebensbedingungen nennen sie dann in ihrer Gesamtheit „die beste der möglichen Welten“ oder „göttliche Weltordnung“.

So wird nun auch die Gegnerschaft Hitlers klar gegen ein sich selbst begründendes Wollen der Arbeiterschaft zur Fießigung in gesellschaftlichen Dingen, ferner wird auch jetzt der Zweck der Heze gegen die „Bonzen“ deutlich: weil sie nicht die Arbeiterschaft in einem Sinne zu leiten suchen, wie es den Zwecken der „Herren“ dienlich ist, wollen sie Mithräuren schaffen zwischen den Arbeitern und ihren Führern und sie voneinander trennen, um damit eine für die „Herren“ schädliche Willensbildung und deren Verwirklichung zu verhindern und um weiter die arbeitenden Massen als dienstbare Geister für alle Zeiten für sich zur Verfügung zu haben. Wenn die „Bonzen“ manchen „Herren“ unrecht tun, warum fordern diese dann nicht ein Arbeitsrecht für sich und weisen den volkswirtschaftlichen Wert ihrer Arbeit nach, auf Grund deren ihnen die Verfügungsrrechte zugestanden werden, die zur Arbeitsleistung für die Gemeinschaft notwendig sind. Allerdings müßte dann der Kampf bei ihnen selbst, und zwar gegen sich und ihre Gewohnheiten eingesen: nicht Gewinnstreben und Nichtstun, sondern Pflichterfüllung durch Arbeit für das Gemeinwohl (wobei keiner das Recht hat, daß es ihm besser geht als dem Geringsten der Gemeinschaft, wenn es diesem nicht auch zutreffend werden kann) — so müßte dann ihr Lebensziel heißen. Dazu den sittlichen Mut aufzubringen und ein solches Leben vorzuleben, das Tierische im Menschen zu überwinden, woslan, das sind höhere Eigenschaften; ihr „Herren“ menschen strebt ja nach Höherem, zeigt doch, daß ihr „besser“ seid; könnt ihr es nicht, so ist es mit euren Eigenschaften nur „altzu menschlich“, ihr seid Durchschnitt und habt nicht das Recht, euch „bessere Rasse“ zu nennen und die ausführende Hand „Untermenschen“. Was ist das Schwerste? Seine Gewohnheiten zu überwinden.

Berlin.

F. C.

Führer und Genäsführer

Es ist eine Folge der wirtschaftlichen Verhältnisse, zum Teil auch eigener Unterlassungsfähigkeit, daß wir uns heute mit Problemen herumschlagen müssen, die im November 1918 in der Wilhelminisch-Ludendorffschen Mottentüte eine Einsparung erfahren haben. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind, international gesehen, zum Teil direkte und indirekte Kriegsfolgen. National gesehen, haben sie den Druck auf die Arbeiterschaft verschärft. Wir kommen deshalb nicht darum herum, von der einsichtigen Arbeiterschaft längst abgelegte Ideen erneut zu untersuchen und ihre wahre Gestalt aufzuzeigen.

Eines dieser Schlagworte ist die Idee des „Führers“. Es ist vielleicht auf manche Mängel der Demokratie zurück-

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Hermann Klopfer in Berlin
Eingetragen: 1. August 1882 — Zeit Invalid

Mehrheit immer richtig zum Ausdruck kommt). Im Führerstaat regiert der, oder besser die Führer. Dies hat zur Vorstellung, daß auch Geführte da sind, die dem Führer gehorchen. Es mag schon bei uns eine Menge Leute geben, die das Erstgeburtsrecht der Demokratie gegen die Linseuppe einer Führerherrschaft vertauschen wollen. Allzu starke feierliche Traditionen besitzt der Deutsche leider nicht. Aus diesem Grund bemerkt der gute braue Spieker nicht, daß alles, was sich dahinter verbirgt, nicht auf das Führen, sondern auf das Gehorchen Wert legt. Gehorchen soll der Arbeiter, wenn der Lohn niedrig ist. Gehorchen soll er der alten Dreieinigkeit Kapitalismus, Militarismus und Religion. Er soll es verlernen, auf hohe Gehälter, setze Dividenden zu blicken, sondern soll auch dem „Führer“ dieser Wirtschaft Kraft seines eignen Unwertes als Gehorcher gegenübertreten. Maul halten und gehorchen, ist die politische Devise, die sich hinter der hohen Phrase des „Führerstaates“ verbirgt.

Für uns als Arbeiter ist der Begriff des „Führers“ ein anderer und nicht an blindes Gehorchen gebunden. Unsere „Führer“ sollen vom Vertrauen der breiten Menge getragen, nicht herrschen, sondern führen. Und da, wo sie in Widerspruch geraten, sollen sie ihr Tun weder verteidigen auf Grund ihrer vom Himmel gefallenen Führerqualitäten, noch mit Appellen an die ihnen zu leistende Gehorsamsplikte. Bessere Einigkeit in die Dinge, Klugheit sollen unsre Führer befehlen. Und da, wo sie in Widerspruch geraten, soll ihr gutes Beispiel und ihre Überzeugungs Kraft den Boden bereiten, auf dem nicht der Gehorchan, sondern der freie Wille wählt, mit diesem Führer gemeinsam zu marschieren. Daher gleicht sich gerade vom „Führerproblem“ aus jenes Band, das die Weltanschauungen trennt. Unsern Führern muß innenwohnend die unbeirrbare Liebe zum Mitmenschen, die nicht herrscht, sondern dient in ihrer Führerstellung, die über alle Unbildern, ja Kreuzungen (und welches Volk hat seinen Jesu noch nicht gekreuzigt) hinweg dem einen großen Ziel zustreb, der lebenden Menschheit zu einer höheren Kultur zu verhelfen.

Der deutsche Arbeiter ist in seiner Mehrheit längst darüber hinausgewachsen. Wenn auch junge und unreife Arbeiter unter dem Druck des wirtschaftlichen Glends glauben, hier einen Weg aus dem Holz zu finden, die Mehrheit lehnt den Druck des Militärstaates ab. Sie lehnt einen „Führerstaat“ ab, weil sie weiß, daß hinter der Phrase dieses „Führers“ die Realität des „Kadavergehorsams“ lauert. In Wirklichkeit werden die Geführten die Genasführten sein. Wer Freiheit und Recht liebt, muß daher dafür sorgen, daß, aller unsern sonstigen Meinungsverschiedenheiten zum Trotz, der sogenannte Führerstaat als das hinge stellt wird, was er in Wirklichkeit ist, als reaktionäre Kulisse des alten kapitalistischen „Ordnungs“-staates.

R. w. S.

Correspondenzen

Augsburg. (Vierteljahrsbericht.) In der Versammlung am 28. Mai nahm der hiesige Ortsverein Stellung zu dem neuen Manteltarif. Vorsitzender Stier behandelte die verschiedenen Vorschläge, die sich würdig in die Reihe der nun schon sattsam bekannten Notverordnungen einreihen können. Die gegenwärtige Zeit ist eben für unsre Unternehmer sehr geeignet zur Erreichung ihrer langgehegten Wünsche. In der Aussprache kam die Angewandtheit der Mitglieder zum Ausdruck, die es zum Teil nicht verstanden konnten, wie ein derartiger Tarifabschluß in freier Vereinbarung angenommen werden könnte. Von der Annahme einer Resolution wurde Abstand genommen, da sie ja doch nichts mehr zu ändern vermöchte. Durch das Eingehen der „Augsburger Neueste Nachrichten“ wurde eine größere Anzahl zum Teil langjährig beschäftigter Kollegen arbeitslos. — Am 26. Juni fand im „Wolfshausergarten“ unser diesjähriges Johannisfest statt, das wie in

Zeitgemäße Worte großer Geister

Betrachtungen zum 31. Juli 1932

Nicht jeder, der sich selbst für groß an Geistesgaben hält und als Geistesheros vor der Masse erscheinen möchte, verfügt auch wirklich über diese sich selbst angeblichsten Gaben, vielmehr zeigt gerade die heutige Zeit im Übermaß, daß es sich bei solchen „Geistern“ oft um herostatische Dilettanten überster Art handelt, die wohl mal vorübergehend, wenn die jeweiligen Zeitumstände ihnen günstig sind, eine Gaströre gebrauchen können, dann aber wieder, getötet durch eigne Lächerlichkeit, sang- und klänglos in der Verjagung verschwinden. Ein Schuster Vogt dagegen, der es mit seiner Köpfnätkade fertigbrachte, altes kaiserliches Kleiderwerk dem „Willy“ Spott und Hohngefächter einer ganzen Welt zu überantworten, erscheint gegen gewisse geistesarme Gerngehege heutiger Zeit immerhin als genialer Held, hat er doch vermöcht, durch blonde Knöpfe, bunte Schnüre und Tressen und mit dem ganz selbstverständlichen dazugehörigen Klempnerladen bei aller Komik aber auch gleich ein „System“ bloßzustellen, dessen GeistesgröÙe und staatsbürglerische „Freiheit“ sich durch Komikstiel und Pidelhaube symbolisierten.

Wie sieht es nun heute bei uns aus? Kräfte der finsternsten Reaktion sind am Werk, das Rab der Weltgesichter um Jahrzehnte zurückzubringen. Sie stehen in Deutschlands Gauen gerüstet zum Streit: Die alte gegen die neue Zeit. Das, was muß fallen, gegen das, was bestehen soll; das, was soll wachsen, gegen das, was vergehn soll!

Wer sind nun diese Kräfte um und hinter dem Anstreicher aus Braunau, der erst durch schäbigste Schieber-

methoden zum Regierungsrat und Reichsangehörigen gemacht werden mußte? Treffend antwortet hierauf Feuerbach:

Ein Mensch ohne Verstand ist auch ein Mensch ohne Wissen. Wer keinen Verstand hat, läßt sich verflöhren, verblassen, von andern als Mittel gebraucht werden. Nur wer denkt, ist frei und selbstständig.

Nach Feuerbach sind also Hitler Massen Menschen ohne Verstand, die sich verführen, verblassen, von andern als Mittel zum Zweck gebraucht werden. Und wer find „die andern“, die Verführer, die Blinder? Prinzliche, gräfliche, geistliche, „Genossen“, Generale, Junker, Unternehmer als „Arbeiter“ und „Sozialisten“. Wo aber nach Feuerbach so viel Geistes- und Verstandesarmut vorhanden ist, müssen sich Montaignes Worte erfüllen:

Die, welche den Staat aus den Augen heben, sind die ersten, denen er auf den Kopf fällt.

Nun, diese „Arbeiter“, „Genossen“ und „Sozialisten“ sind heute der Staat, von dem Seume sagt:

Der Staat sollte vornehmlich nur für die Armen sorgen, die Reichen sorgen leider nur zu sehr für sich selbst.

Also Seume schon erkannte den „Wohlfahrtsstaat“, aber nur für die Reichen!

Und als ob Karl Liebknecht schon seinerzeit die Sanierungen und Subventionen vorausgeahnt hätte, mit denen der verarmte Staat heute gewissen Kreisen gegenüber so großzügig ist, sprach er auf seiner Tournee durch Amerika in Milwaukee prophetisch die Worte:

Ein Volk von Ausechten ringt in harter Arbeit,
Um Sklavenhaltern Schläge aufzufüseln;
Das ist das Ende einer stolzen Freiheit;
Ein hungernd Volk, das Bländer muß verehren.

Welches sind nun die aufbauwilligen Gegenkräfte gegen diese dunklen, faschistischen Mächte? Lassen wir Uhland sprechen:

Das ist der Fluch des unglückseligen Landes,
Wo Freiheit und Gesetz darunterliegen:
Doch sind die Besten und die Edelsten
Verzerrt mit in frustriertem Elend,
Doch die stolz Vaterland am reinsten glänz'n,
Gebräundmarkt werden als das Land Verräter.

Die Schatten eines Friedrich Ebert, Walter Rathenau, eines Erzberger, Stresemann, Hermann Müller steigen auf. Sie — nach Uhland die Besten und Edelsten, die fürs Vaterland am reinsten glänzen —, sie wurden als Landesverräter von denen gebräundmarkt und zur Streck gebracht, die sich heute als „Führer“ des Dritten Reichs ausspielen, die sich den in ihrer Not irregeführten Millionen als „Reiter“, als litigie Gründer und Vereiniger präsentieren. Diese sind es auch, die unsre noch lebenden Führer täglich mit Morddrohungen verfolgen, die täglich ihre braunen Mordbestien auf das unglückselige Land hetzen, wo die Freiheit darunterliegt.

Halten wir unbeugsam fest an unserm Ziel, das Ficht schon durch seine Worte umrahmt:

Wir wollen errichten ein Reich der Freiheit und des Rechts,
Gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschen-
artig trägt.

In diesem Sturm sei uns Fichte nochmals Wegweiser:

Und handeln sollt du so, als hing
Von dir, von deinem Tun allein
Das Schicksal ab der deutschen Dinge
Und die Verantwortung wäre dein.

Zu solchem Tun befähigen aber nur vereinte Massen in der Eisernen Front, wie sie der Dichter nachfolgender Verse schon vorausahnte:

früheren Jahren gemeinsam mit der „Typographia“ verankert wurde. In einer kurzen Ansprache wies Kollege Stiel auf den Sinn dieser Feier hin, die den Zusammenhalt unter uns Buchdruckern stärken soll. Kinderbelustigungen, Männerhöre und eine gute Kapelle sorgten für angenehme Unterhaltung. — Nach fünf Jahren hielten wir am 29. Juni erstmals wieder die Freude, ein Mitglied unseres Verbandsvorstandes in unserer Mitte zu sehen. Kollege Adermann (Berlin) handelte in einem ausführlichen Referat die wichtigsten Zeitfragen und erntete damit lebhafte Beifall. Seitenswerth glänzten speziell jene Kollegen, die den neuen Tarif so stark verurteilt hatten, durch Abwesenheit. Aus berussem Mund hätten sie hören können, unter welchen Schwierigkeiten der neue Tarif zustande gekommen ist. Zum Schluss forderte Kollege Stiel die Kollegen zur Mithilfe auf bei der Werbung für die Eiserne Front und bei der kommenden Reichstagswahl nur die Partei zu wählen, die wirkliche Vertreterin der Arbeiterschaft ist.

Emmerich a. Rh. Am 25. Juni feierte der Ortsverein Emmerich sein diesjähriges Johanniество. Wegen der schlechten Wirtschaftslage wurde von einer öffentlichen Feier abgesehen. Nach einem sinnig vorgebrachten Prolog begrüßte Kollege Dettlén die Ehrengäste und hob die Bedeutung des Tages hervor. Die Kollegen Johann Düssel und Joseph von de Vries wurden für ihre 25jährige Mitgliedschaft durch passende Worte und sinnreiche Geschenke geehrt. Nach einem gemeinsamen Abendessen kam der Humor zur Geltung, und man trennte sich in vorgerückter Stunde mit dem Bewußtsein, einen vergnüglichen Abend im Kollegentreffen verlebt zu haben. — Am 4. und 19. Juni sprach der Gewerkschaftscolleg Schüller (Kleve) über das Betriebsratgebot und erklärte für seine interessanten und lehrreichen Ausführungen vom einer dankbaren Jubörschaft reichen Beifall.

E. Köln. Für unsre Bezirksversammlung am 1. Juli war als Referent mit dem Thema: „Gewerkschaft, Zeitproblem, Reichstagswahl“ Reichstagsabgeordneter Sollmann gewonnen worden. Mit größtem Interesse und gespanntester Aufmerksamkeit lauschten die Kollegen den etwa 1½stündigen Darlegungen und Schlussanwendungen des Vorgetragenen. Der Bericht bewies, daß man auch am 31. Juli gewiß ist, die politische Konsequenz aus dem Gefangen zu ziehen. Nachdem er die Wirtschaftskrise und die kapitalistische Krise, deren Urheber ihre Unfähigkeit dadurch zu verdecken suchen, daß sie für alles Elend die Arbeiterschaft verantwortlich machen, aufgezeigt, nahm er sich das Programm der NSDAP vor, die die völlige Entziehung der Arbeiterschaft wolle. Das mörderische kapitalistische System ringt um neue Formen. Bei diesem Kampf betätigt sich die NSDAP als ihre willkürigen Söldner. Alles auf Kosten der Arbeiterschaft. Zustände, wie sie sich wohl kein Arbeitergehirn im Augenblick ausmalt, sind bei einem Erfolg der Nazis am 31. Juli zu erwarten. Deshalb muß alles ausgeboten werden, hat alle Kritik an hinter uns liegendem vorexist. zu verstummen, um nach dem Wahltag nicht in die gewollte, alles Menschliche außer acht lassende soziale Reaktion zu geraten. Zu der Diskussion setzte sich Kollege Dobrik für die gewünschte, aber leider noch nicht zu verwirklichende Einheitsfront ein, die von den Führern mehr gefordert werden soll. Es war dem Referenten in seinem Schlufwort nicht schwer, die besonders von der KPD in die Debatte geworfene Einheitsfrontbildung als alles andere denn christliches Vorhaben schlagend zu beweisen, insbesondere, da nach wie vor die KPD in der SPD ihren schlimmsten Feind sieht, und rücksichtslos Bekämpfung der SPD von ihren Anhängern fordert. Und dann Einheitsfront... Es kann allen denjenigen, die noch ein Quentchen eigne Überzeugung in der letzten Zeit ihr eigen nennen, zur Rettung der sozialen Demokratie und zur Erhaltung der freien Selbstbestimmung der Arbeiterschaft nicht schwer fallen, sich für die Arbeiterspartei zu entscheiden, die bei gerechter Beurteilung ihrer Leistungen für die Arbeiterschaft sich eingesezt hat. Eine eindrucksvolle, ausländernde Veranlassung.

Ludwigshafen a. Rh. Eine außerordentliche Bezirksversammlung am 26. Juni, hervorgerufen durch eine im Bau Mittelteil durchgeführte Abstimmung über eine Erneuerung eines außerordentlichen Gautages, welche über die notwendige Dreifachheit aller Gaumitglieder ergab, beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit. Nach Beprüfung der Anwendungen durch den Vorsitzenden Michel und Protokollverlesung der letzten Versammlung ging er

einleitend auf die Gründe ein und bat in der Diskussion die Wünsche der Kollegen zum Ausdruck zu bringen. Es zeigte sich, daß die Kollegen mit den leichten Abmachungen nicht zufrieden sind. Die Kampfraft sei bei kommenden Verhandlungen in den Vordergrund zu stellen. Es wurde aber auch auf der andern Seite nicht verzweifelt. Die Opposition die nötige Antwort zu geben. Die Ausführungen der Kollegen Stützendorf und Süß wurden von Vorstandseite zum großen Teil zurückgewiesen und dabei betont, daß die Stellungnahme der Gauvorstandsmitglieder in jeder Beziehung nicht die gleichen sein müssen. Zwei einbrachte Anträge, die jedoch keine Unterström trugen, was als feig bezeichnet wurde, wurden nicht zur Abstimmung gebracht. Gebeten wurde vom politischen Fahrmaster abzugehen und Anträge zum Gautag zu behandeln. Nachdem die Kollegen Jähle und Geiger über Vorteile und Nachteile eines Gautages Ausführungen gemacht hatten, konnte der Vorsitzende feststellen, daß Anträge zum Gautag nicht eingelaufen sind. Zu Delegierten wurden die bisher gewählten Delegierten in Vorschlag gebracht; nach dem jeweiligen Stand der Mitglieder waren sechs Delegierte zu wählen. Vorschlägen wurden noch die Kollegen Süß, Stutzenbäumer und Ensfelder. Nach Ernennung einer Wahlkommission wurde die Abstimmung per Stimmzettel vorgenommen. Unter Berücksichtigung machte der Vorsitzende ab 1. Juli und den Reichsarbeiter Sporttag aufmerksam. Hierauf konnte der Vorsitzende die angeregt verlaufene Versammlung schließen.

Mannheim. In unserer Bezirksversammlung am 25. Juni gelangten mehrere Kollegen, soweit diese anwesend oder entschuldigt waren, zur Aufnahme. Berücksichtigt wurde auf den Reichsarbeiter Sporttag, dem gerade in der heutigen Zeit eine besondere Bedeutung zukommt. Der Vorsitzende Schramm ging hierauf des näheren auf den vom Bezirk Wiesbaden eingeleitete Forderung zur Erneuerung eines außerordentlichen Gautages des Gaus Mittelrhein ein, der sich die größeren Bezirke angehlossen haben. Daß der leichte Tarifabschluß in freier Vereinigung getroffen wurde, hat viel Wissenswertes erzeugt. Es wurde auch bemängelt, daß eine Urabstimmung über den abgeschlossenen Tarif nicht vorgenommen worden ist. Als ein Übelstand wurde es empfunden, daß Bezirksfunktionäre zugleich Mitglieder des Gauvorstandes seien, ein entsprechender Antrag wurde eingerichtet, ebenso ein Antrag, daß nach jedem Tarifabschluß eine Urabstimmung erfolgen müßt. Kollege Fischhoff hielt es für notwendig, daß der Verband zu den alten Kampfmethoden zurückkehrt, dafür die gangbarsten Wege sucht und nicht allein der Zukunft überläßt. Zum Kassenbericht machte Kollege Will einige ergänzende Ausführungen, in denen er sich über das Restantenwesen beklagte, zumal sich darunter fiktive Kollegen der „Arbeiterförderung“ befinden. Die meisten Restanten befinden sich in Daueraktion. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Antrag des Vorstandes, an Stelle des ausfallenden Johannissektes den Arbeitslohn und Invalide ab 3 M. den Ausgesteuerten 5 M. zu überweisen, wurde durch Antrag aus der Versammlung heraus dahin ergänzt und auch angenommen, daß der vorgebrachte Betrag je 2 M. erhöht würde. Es wurde allerdings darauf verwiesen, daß das ein ziemliches Loch in die Bezirkskasse reicht, daß wir mit unsern Mitteln haushälterisch umgehen müßten.

Neuruppin (Bezirk). Havelberg, der südlichste Drudort unsres Bezirks, war als Tagungsort für die diesjährige Bezirksversammlung am 26. Juli gewählt worden. Zur festgesetzten Stunde konnte Bezirksvorsteher Reinhardt (Neuruppin) die zahlreich erschienenen Kollegen begrüßen. Als Gäste waren anwesend erster Verbandsvorsteher Kraus (Berlin), Gauvorsteher Reineke (Stettin) und der Gauleiter des Hilfsarbeiterverbandes Stühert (Stettin). Ihm schloß sich in der Begrüßung Kollege Gabriel (Havelberg) an, der allen Kollegen ein herzliches Willkommen entbot. Nach Eröffnung zweier im vergangenen Jahr verstorbenen Kollegen gab Kassierer Hüttstädt (Neuruppin) noch einige Ausflüsse zum gedrehten vorliegenden Rechnungsabschluß. Er teilte mit, daß die Besucher der heutigen Versammlung Fahrgeldentlastung in voller Höhe des Fahrpreises erhalten. Im Vorstandsbereich mußte der Vorsitzende tadeln, daß einige Orte leider gar keine Berichte einsenden. Man müsse daher annehmen, daß die Verhältnisse dort gut seien. Er schloß seinen Bericht mit der Aufforderung, sich noch enger zusammenzuschließen.

Ehneln ist des Menschen Mügen,
wenn auch mächtig, dennoch klein;
nur vereinte Kräfte bringen,
Wunder wirkend, Wishes ein.
Ehneln muß in Kämpfen erlegen,
muß ermatzen selbst der Tod,
Kämpfen kann man nur und siegen,
wenn sie Kraft an Kraft setzt!

So ist jeder einzelne — jeder auf seinem Platz — als Mittkämpfer aufgerufen. Alle können wir nicht Führer sein:

Und kannst du auch nicht gleich Domänenmeister sein,
Behau' als Steinmeier deinen Stein;
Fehlt dir auch hierzu Gehalt und Verstand,
So trag Mördel herbei und Sand.

Bauen wir also in geschlossener Einigkeit unbekürt und unaufhaltsam an unserm Reich, an unsern und unster Kindern! Doch Geduld sagt Ju st us Frey:

Hat es auch mit dem Segen nicht Else,
Der aus Verfolgungswellen läuft,
wirkt euch nicht drüber, gut Ding braucht Welle,
Wenn ihn das Kind nur des Kindes geniebt!
Baume sind auch erst holzene Sangen,
Die mit schwelbenden Früchten sie vrangen.

Doch ohne Hemmungen und Kämpfe unfer Widersacher wird es bei unsern Bau nicht abgehen; sind wir aber einig, sind wir auch unüberwindlich, denn:

Es macht die Kraft mit den Gewalten,
Die hindern uns entgegenz'n,
So wie die Wölfe sich entfalten,
Wenn über sie die Stürme geh'n!

Und nun zur großen Politik des Tages, zur notwendigen Not der Baronstregierung von Hitlers Gnaden; ihr, dieser Verkörperung des Wohlfahrtsstaates, ins Stammbuch, was Lavant sagt:

einleitend auf die Gründe ein und bat in der Diskussion die Wünsche der Kollegen zum Ausdruck zu bringen. Es zeigte sich, daß die Kollegen mit den leichten Abmachungen nicht zufrieden sind. Die Kampfraft sei bei kommenden Verhandlungen in den Vordergrund zu stellen. Es wurde aber auch auf der andern Seite nicht verzweifelt. Die Opposition die nötige Antwort zu geben. Die Ausführungen der Kollegen Stützendorf und Süß wurden von Vor-

Dann nahm Kollege Rauch das Wort zu seinem Vortrag „Die Gewerkschaften im Kriegsstrom“. Einleitend bemerkte er, daß es ihm eine besondere Freude bereitet habe, nach Havelberg zu kommen. Berlküppel zog ihm doch mit Havelberg angenehme Jugendinnerungen. Hier habe er vor 24 Jahren seine Lehrzeit beenden können. Anschließend behandelte er dann die Urfäden und die Wirkungen der jüngsten Wirtschaftskrise. Sie in kürzer Zeit ganz zu befreien, werde nicht möglich sein. Ein Teil der 6 Millionen Arbeitslosen werde noch auf lange hinaus ausgeschaltet bleiben. Man müsse deshalb alles verjüngen, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Eine der Mittel hierzu sei die Verkürzung der Arbeitszeit durch Einführung der vierzigstundigen Woche. Wenn diesbezüglich mit Lohnausgleich nicht zur Einführung kommen könne, so müßten die Kollegen trotzdem dafür zu gewinnen. Jeder müsse Opfer bringen, wenn es gilt, die Not der Arbeitslosen zu lindern. Die hinter uns liegenden neuwöhnten Tarifverhandlungen haben unter Vertreter zur größten Kraftentfaltung im Abwehrkampf gezwungen. Er wünsche allen denen, die stets zur Kritik bereit sind, holden Verhandlungen als Vertreter beizuhören, um sie immer von ihren einseitigen Ansichten abzulehnen. Weiter die Unterstützungsinitiativen des Verbandes behandelnd, wies er darauf hin, welches ungewöhnliche Opfer die Kollegen bringen, beweise am besten die Tatfahne, die in den letzten beiden Jahren monatlich eine Million Mark an Unterstützungen gezahlt wurden. Hieraus könne man schon ersehen, wie bitter notwendig wir es haben, uns eng zusammenzuholen, und zwar heute seifer als je. Das Ziel unser wirtschaftlichen und politischen Gegner ist auf die Zerstörung der freien Arbeiterbewegung gerichtet. Seit der Verband und die Gewerkschaften erst einmal zusammengeschlagen, dann stehe jeder einzeln schwullos da. Redner schloß seine 1½stündigen Ausführungen mit der Mahnung: Aneinanderdrücken um so seifer, je größer die Not uns drückt! Stürmischer Beifall der Anwesenden dankte dem Redner für seinen Vortrag. Da eine Aussprache hierzu nicht gewünscht wurde, berichteten anschließend die Bezirksortsse über die Verhältnisse in ihren Orten. Gauvorsteher Reineke konnte dann zusammenfassend feststellen, daß die Berichte aus den einzelnen Ortsvereinen zufriedenstellend seien. Maßgebend sei natürlich, daß alle Berichterstatter richtig gemeldet haben. Nur bei richtiger Angabe können untarifäre Zustände bezeichnet werden. Ferner erwarte er, daß jeder Kollege seine tariflichen Fertigkeiten versiegele. Stichet (Stettin) hat die Kollegen, dafür zu sorgen, daß überall dort, wo Hilfsarbeiter beschäftigt sind, die dem Hilfsarbeiterverband beitreten. Verlangt jede die tariflichen Rechte als Hilfsarbeiter, so habe er auch Wünschen dem Verband gegenüber. Hiermit am Ende der Tagesordnung angelangt, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hug auf den Verband. Anschließend fand dann eine gemeinsame Mittagstafel statt. Die noch freien Stunden bis zur Abschaffung benötigte man zur Besichtigung der Stadt und seiner Schönwürdigkeiten. Von Mühlensholt, Havelbergs herrlichem Eichenwald, wurde dann die Heimreise angetreten.

Stuttgart. Trotz der politischen und sommerlichen Hitze, die zur Zeit auch Stuttgart nahe den Siedepunkt heranbringt, hatte unsre letzte Mitgliederversammlung am 26. Juli in ganz unheimbaren Beifall aufzuweisen. Man sah viele junge Kollegen, ein gutes Zeichen, das um so lieber Erwähnung finden mag, weil sonst immer die Klage nicht verstimmt: wo bleiben die Jungen? Die Tagesordnung stand Erweiterung. Nach den Vereinsmitteilungen und einem kurzen Rückblick auf unsern Tarifabschluß kam noch ein Vortrag des Gewerkschaftssekretärs Endres über „Die neue Notverordnung“. Sieben verstorbenen Kollegen fanden Nachruf und Ehrung. Die Juristische Verlegung des Gautags stand den Verbandstag stand in dieser Versammlung Zustimmung. Ein Kollege bedauerte dies. Die Arbeiterschaft müßte ganz energisch zu den jüngsten im Brennpunkt stehenden Geschäftssachen Stellung nehmen. Kollege Klein vertrat den Standpunkt, daß in diese Geschäftssachen unter Gautag nicht groß revolutionierend eingreifen dürfe. Die Abstimmung fiel in diesem Sinne aus. Der Zusammenbruch der einst so angehobenen Firma Greiner & Pfeiffer hat unsre Mitglieder, die zum Teil seit Lebensdienst dort standen, schwer betroffen. Einige gehen mit ihren Arbeiten in andre hiesige Betriebe, die große Mehrheit wird arbeitslos. Ein Buchhalter, der sich nach Veruntreuungen von Riesensummen, man spricht von 400 000 M., erschoss, mag viel zu diesem Ruin beigebracht haben. Hätte jedoch die technische Überleitung getaut, wäre ein solcher Zusammenbruch zu vermeiden gewesen. Wir wünschen, daß diese Firma in irgendeiner Form zu halten sein möchte, um so mehr, da die nunmehr älteren Teilsäber, welche die Firma zur Blüte brachten und auch für Geschäftswürde immer zugänglich waren, an den Betriebshof gebracht wurden durch einen untauglichen Leiter, dem sie zu großen Spielraum ließen und zu viel Vertrauen schenkten. Um meistens geschädigt sind jedoch unsere Kollegen. Weiter kam ein Bericht des Verbandsvorstandes über die Kassenverhältnisse zur Belreibung. Seit zwei Jahren mußte der Monat eine Million Mark von den noch in Arbeit stehenden 60 000 Kollegen aufgebracht werden, um unsre Arbeitslosen, Kranken, Invaliden und bedingt die Hinterbleibenden, Witwen und Witzen zu unterstützen. Zwölf in Arbeit stehende Mitglieder müssen jede Woche allein 80 Pf. aufzutragen, um je einem Invaliden die Sorgen ums Auskommen zu erleichtern. Auf 15 Mitglieder kommt ein Invalid. Von diesen 15 sind 7 arbeitslos, die selbst unterstellt werden müssen. Dafür röhren auch die hohen Beiträge, welche wir zu tragen geruhen sind, um die schlimmste Not und noch schwereres Elend von jenen Kollegen fernzuhalten, die in besseren Zeiten die gleichen Opfer getragen haben für unterstützungsbefürchtige Mitglieder. Es ist ein glänzendes Zeugnis gewerkschaftlicher Zusammenarbeit, eine vorbildliche Erfüllung der Solidaritätspflicht der deutschen Buchdrucker. Diesen Opfergeist mögen Gegner im Sinne der KGD auch noch zu hohen und schimpflichen, tödet niemand. Er ist der Kult, der uns geschaffen und einig auch diese schwere Krise überwinden läßt. Er ist und bleibt die beste Bewährung für neuen Aufstieg, sobald der ungeheure Wirtschaftsbrand nachläßt und bessere Zeiten kommen. Unsre Prinzipien, wohl angehaftet von ihrem hartenkreuzgeschmückten Kreislaufdiagramm, läßt der sich in Geschäftshänden befindliche Buchdruckerarbeitsnachweis nimmer schlafen. Schätzliches Altpäppler

Gewiß, daß Volk kaum masslos viel erträgt,
Und künftes Outden ist kein Element —
Doch leider, leider hat es einen Magen,
Und der ist radikal und konsequent.
Der läßt kein X je für ein U sich machen,
Der ist in seiner Art ein großes Licht —
Er lernt im Handumdrehn' die schwersten Sachen,
Und er verkostet vor allen Dingen nicht!

Bei allem aber — immer und immer wieder sei's gefragt: Voraussetzung für jegliches Gelingen ist Einigkeit; Einigkeit macht stark!

Laßt, ihr verbündeten Brüder, daß Gaulen,
Hilft ihr den Boden des Landes nicht wanzen?
Tretet sie aus, die aufs aufstiegende Blättern,
Frauen sonst brechen die Batten zusammen.

Sieht die Einheitsfront da — die Eiserne Front, darum „Antreten zum Sturm!“ Alle Mann an Bord! Jähne zusammengebiesten! Faust geballt! In Not und Elend drohnen dann Schillers Worte dräuend durch die deutschen Lande; Säumig weidend, den Gegner schreckend:

Weh, wenn sich in dem Schos der Städte
Der Feuerzunder stift gebaut,
Das Volk zerstörend seine Kette,
Der Egenbüttel förmlich greift!
Der gerret an der Wölke Strängen
Der Pötzschnorn, daß sie heulend schallt
Und, nur gewalt zu Feudenlängern,
Die Polizei anstürmt zur Gewalt.

Und das ist das Herrliche, Große auf der Welt: Das Banner bleibt steh'n, wenn der Mann auch fällt!

Neukölln.

E. Lehmann.

raubt ihnen den Frieden der Nacht, was auch geschehen könnte, wenn jemals wieder ein Gehilfe angefordert werden müßte bei dem Gehilfennachweis. Sicher käme einer zur Vermittlung, der schon drei Jahre und noch länger arbeitslos, nicht mehr ganz ausbeutungsfähig ist, den die einzige Prinzipalsündigung in der Zwischenzeit zum Kurzreifen erzeugt. Mögen unter Prinzipale raus sein. Das war ihr Einheitsleiter leistet, leistet jeder Gehilfe, der gleich nach beendeter Lehreit den Sac erhielt. Auch in Zukunft, wenn der Arbeitsnachweis verstaatlicht und verständlich ist, sind es untreue Mitglieder, die angefordert werden und deren technische Kenntnisse und Fähigkeiten wir besser kennen als Außenstehende. Judem müßte der ganze Bau den zentralen Arbeitsnachweis in Stuttgart benutzen. Hoffen wir, daß dabei die abgelegenen Provinzorte ebenso gut versorgt werden, wie die hiesigen Anforderer. Neue Höhobstschäfte kommt aus Ulm und Würzburg, wo durch Abwanderung von zwei Parteizeitungen vermehrte Arbeitslosigkeit eintritt. Die Mantelstahlverhandlungen verband der Verbeiterstatter mit dem kurzen Bericht über die Hilfsarbeitertarifverhandlungen. Da beide Abmachungen in Kraft sind, ist es zwecklos, Betrachtungen über Erzieltes und Nichterzieltes nachträglich anzustellen. Die hiesige KPD-Zeitung schrieb, daß die Gehilfen nicht Solidarität geübt hätten gegenüber den Hilfsarbeitern. Möglicherweise, die „Zeitschrift“ äffieren. Die Belegschaft der „SAZ“, die „Zeitschrift“ äffieren. Die Belegschaft der „SAZ“ musste leider am eignen Geldbeutel spüren, daß ihr Betrieb Solidarität mit den Prinzipalsabmachungen beim Leistungslohn streng befolgte. Gende Heuchelei ist es, wenn die Redakteure zum Kampf und Arbeitsniederlegung bei eventuellen Lohnkürzungen auffordern und die Geschäftsführung im eigenen Betrieb kürzt, was noch zu tun war, um die Einheitsfront mit den Schafmauern im Gewerbe nicht zu zerstören. Ein Kollege wünschte Einstellung nach der Reihenfolge der Entlassung und die Rücksichtnahme der Gehilfen aus den sie entlassenden Betrieben unterbunden zu wissen. Ein zweiter machte ihn darauf aufmerksam, daß dies nicht immer möglich sei, weil viele unserer Kollegen freiwillig die betreffenden Betriebe verließen, um Kurzarbeit nicht unerträglich werden zu lassen, wenn ihnen die Zusicherung gegeben wurde, sie würden bei Geschäftsanfall wieder zurückgeführt. Eine schematische Vermittlung sei deshalb nicht möglich. Am allerweniger könnten hier die Betriebsvertreter eingreifen und Scherben anhaufen. Nunmehr kam der Kollege Ende rech über „Die neue Notverordnung“ zum Wort. Er beherrschte dieses traurige Kapitel, das uns Hitler-Papen beigegeben, sehr gut. Was wir verloren, ja, was uns durch diese „nationale Konzentration“ — genommen wurde, steht er in eins richtige Licht. Wenn ein Zwischenruf meinte, dies hätten wir alles in den Zeitungen gesehen und es der Tolerierungspolitik der Brünningregierung durch die Gewerkschaften in die Schuhe schob, dann man nur noch den Kopf schütteln über solch wirres Zeug. Wir meinen die Tolerierungspolitik sei glänzend gerechtfertigt, nach dem, was wir erleben, seit Brünning durch das folgende nationale und konzentrierte Abdelsabinett erlebt worden ist. Ein anderer Kollege sah bei der Aussprache die Sache richtiger an. Er stellte fest, daß den Ausführungen des Referenten kein Wort mehr hinzufügen sei. Er brachte eine Entschließung ein, die schärfsten Protest gegen die Notverordnung der Papen-Regierung erhob und deren sofortige Beseitigung forderte. Im Schlusswort be sprach der Referent die Uneinigkeit innerhalb der deutschen Arbeiterschaft, die uns mangels gemacht habe. Gewiß, wir reichen jedem die Bruderhand, der es ehrlich meint. Wir erwarten jedoch, daß uns nicht in diese gebotene Hand gepflegt werde, wie wir es nach gemeinschaftlichen Verhandlungen über eine tragbare Zusammenarbeit erleben mußten. Am 31. Juli hat die Arbeiterschaft wiederum die Möglichkeit, den Kurs anzugeben, den sie wählt. Verläummen wir oder noch besser, versuchen wir diese Gelegenheit durch Bruderkampf, dann dürfen wir nicht jammern und klagen, wenn es schlecht und schlechter geht. Dem Beispiel der Verammlung folgte der Dank des Vorsitzenden.

Allgemeine Rundschau

Achtet auf die Einstellung von Volontären. Zu einer sonderbaren Hilsaktion hat sich der Verein deutscher Ingenieure für seine Jungmitglieder veranlaßt geschenkt. Der ausgebildete Nachwuchs findet nämlich in der gegenwärtigen Wirtschaftsnutz kein Unterkommen. Der Verein hat sich nun an bestehende Großfirmen — außerhalb der Metall- und Elektroindustrie — gewandt, die jungen Techniker in jedem Jahr drei Monate als Volontäre zu beschäftigen. Hier interessiert vor allem, daß es dem Berufsgremium nicht eine ganze Anzahl in Buchdruckereien unterzubringen. In der Mitteilung wird hervorgehoben, daß sie nicht als Arbeitsplatzverdränger und Gehaltsdrücker gelten sollen. Trotz alledem müssen wir Buchdrucker diesem Vertrieben des Vereins entgegentreten. Die Zahl arbeitsloser Drucker und Maschinenseigner ist bekanntlich abnormal hoch. Nun sollen auch noch ungelernte Kräfte in den Maschinen- und Sehersälen, wenn auch vorerst zwar nicht mitarbeiten, aber mitratzen. Vielleicht an der Betriebsorganisation teilnehmen und neue Kontrollmaßnahmen für das Buchdruckergewerbe „empfehlen“. Auf neue Methoden verzichten wir gern, solange bei uns die Arbeitslosigkeit herrscht. Möglich, daß Elektromontiere und Montiere der Druckmaschinen und Schreibmaschinenfabriken in der Beschäftigung beschränkt werden, aber das mögen diese mit dem Ingenieurverein abmachen. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß mancher Volontär als Gehilfe hängen bleibt. Deshalb müssen wir auf der Hut sein, das Eindringen der Ingenieurkräfte in das Druck- bzw. Schreibmaschinenbau zu verhindern.

Bom Zeitungs-Kriegsschauplatz. Über die Beschwerde der Bundeszeitung „Das Reichsbanner“ hat der 4. Strafsemin des Reichsgerichts entschieden, daß der Beschwerde nicht stattgegeben werden kann. Er hat jedoch die Verbotszeit bis auf den 28. Juli begrenzt, so daß die nächste Nummer heute wieder erscheinen kann. — Auf Beschwerde des „Böllerschneid“ wegen des dreiwöchigen Verbots durch Minister Klages hat das Reichsgericht das Verbot des „Böllerschneid“ und seiner Kopfblätter mit dem 28. dieses Monats aufgehoben. Somit konnten die vier sozialdemokratischen Zeitungen des Bundes Braunschweig ab Mittwoch wieder erscheinen. Heute Klages hatte das

Verbot auf drei Wochen ausgesprochen, um die sozialdemokratische Presse in seinem Bezirk für den ganzen Wahlkampf mundtot zu machen. Der Urteilsspruch des Reichsgerichts ist für Herrn Klages eine schallende Ohrenfeige. — Der Militärarbeitsobshaber für Groß-Berlin und Provinz Brandenburg hat Dienstagvormittag das sozialdemokratische „Blatt“ in Finsterwalde wegen des Artikels „Severing und von Papen oder Mann und Memme“ auf die Dauer von fünf Tagen verboten. — Das oldenburgische Regierungsministerium des Innern hat die sozialdemokratische „Delenhorster Böllerschneid“, ein Kopfblatt der „Bremische Volkszeitung“, ab Dienstag auf die Dauer von zwei Wochen verboten. — Die in Düsseldorf und Wuppertal erscheinende kommunistische Tageszeitung „Die Freiheit“ ist wegen Aufrufserinnerung zu Gewalttätigkeiten gegen politische Gegner und Aufreizung zum Ungehorsam gegen die Gesetze auf fünf Tage verboten worden. — Das in Erfurt erscheinende „Thüringer Böllerschneid“ ist, das kommunistische Organ für Groß-Thüringen, ist vom Oberpräsidium der Provinz Sachsen für zehn Tage verboten worden. — In Karlsruhe ist der nationalsozialistische „Führer“ verboten worden. Anlass zu dem Verbot gab ein Artikel unter den Schlagzeilen: „Was geht in Baden vor? Der Separatismus erhebt wieder sein Haupt.“ In der Begründung heißt es u. a., durch die Behauptung, daß die badische Regierung Zustände in der Polizei dulde, die die Voraussetzung zu dem nahe bevorstehenden offenen Bürgerkrieg seien, werde die badische Regierung bewilligt verächtlich gemacht. — In Kottbus wurde eine Durchsuchung der Räumlichkeiten der sozialdemokratischen „Märkischen Volksstimme“ vorgenommen. Den Auflauf an dieser Maßnahme gab die Tatsache, daß am 19. Juli einem Reichsbannermann auf dem Hofe der „Märkischen Volksstimme“ eine geladene Armeepistole abgenommen wurde. Die Haussuchung blieb ergebnislos.

Immer wieder Agitation auf Gewerkschaftsberufe. In der Nacht zum Dienstag wurde in Hindenburg (Oberschles.) das Gewerkschaftshaus von Nationalsozialisten in Stärke von etwa 150 Mann gestürmt. Drei Reichsbannerleute wurden schwer verletzt. Die Nazis lärmten auf dem Rückweg von einer Kundgebung an dem Gewerkschaftshaus vorbei, vor dem zwei Reichsbannerleute standen. Blößlich stürzten sich die Haltenreuter auf die beiden Reichsbannerleute, drangen in das Haus ein und beschleunigten es bis zum dritten Stock. Arbeiter, die sich den Eindringlingen entgegenstellten, wurden niedergeschlagen. Die Polizei, die nach der Belebung des Hauses erschien, durchsuchte mit den Haltenreuterlern gemeinsam im Hause anwesenden Reichsbannerleuten nach Waffen.

Christliche Gewerkschaften und Papen-Regierung. Voll Sorge betrachtet das Organ der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, den jetzt offen zutage getretene Kurs der Papenregierung. In seinem Leitartikel vom 22. Juli erläutert das Blatt die von der Papenregierung zu ihrer Reichsregelung gegen Preußen vorgebrachten Gründe und sagt dann: „Unsere Sorge entspringt der Gefahr, daß wir in Deutschland in Zukunft von einer Handvoll Leuten regiert werden, bei denen der Arbeiter- und Angestelltenstaat nichts zu gewinnen, aber sehr viel zu verlieren hat. Die Methoden, die heute gegen Preiseher und politische Parteien angewendet, tödlich morgen gegen die Gewerkschaften angezeigt werden. Der Kreis um die Reichsregierung ist bewußt gewerkschaftsfeindlich. An entsprechenden Auswirkungen wird es zukünftig nicht schließen. Wir haben nicht etwa Angst um die Existenz der Gewerkschaften, nicht Sorge um die Position der „Bogen“. Kampf gegen die Arbeitnehmer bedeutet Belästigung und Störung ihrer Organisationen (auch dann, wenn sie verboten werden), bedeutet eine fräßige Bewegung auch dort, wo schon das Gefühl des Friedens, der Ruhe, des Standgeistes vorhanden war. Kampf gegen die Arbeitnehmer und ihre Organisationen von dieser Reichsregierung bedeutet nicht nur frontale Auseinandersetzungen in der Arbeiterbewegung, sondern auch geistige Wandlungen, die nicht ohne tiefgreifenden Einfluß auf unser ganzes Volks- und Staatsleben bleiben. Wer die Zukunft des Deutschen Volkes nicht mit Gewalt totschlagen will, muß mit der Arbeitnehmerschaft wirken und nicht gegen sie; und der muß sich auch darum hüten, ein paar gelbe Scharfschützenpuppen mit der deutschen Arbeitnehmerschaft zu verwechseln.“

Stellungnahme des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes zu den Borgingen in Preußen. Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes befürchtet sich unter Hinzuziehung der Vertreter aller ihm angehörenden Verbände mit den Eingriffen des Reiches in Preußen. Die Haltung der Bundesvertreter in der Konferenz der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen wurde einstimmig肯定iert. Darüber hinaus wurde erneut festgestellt, daß die freigewerkschaftlich organisierten Beamten fest in der „Eisernen Front“ stehen und Seite an Seite mit den freigewerkschaftlichen Arbeitern und Angestellten die Verfolgung verteidigen werden. Bei der Erörterung der beamtenpolitischen Seite der Borgänge wurde hervorgehoben, daß es sich nicht nur darum handle, ob Staatssekretäre, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten ihres Amtes entthoben werden können. Denn politische Beamte müssen sich bei anderen politischen Verhältnissen die Versetzung in den Werkstand gefallen lassen. Wohl aber sei es fraglich, ob ein Reichsamtchef befugt ist, Landesbeamte zu entlassen oder zu ernennen, da durch derartige Anordnungen rechtliche und finanzielle Auswirkungen für das betreffende Land entstehen. In einem ähnlich gelagerten Fall hat auch seinerzeit das Reichsgericht den vom nationalsozialistischen Minister Kroll in den Werkstand verlegten Beamten zu ihrem Recht verholfen. Das Reichsgericht hat damals ausdrücklich festgestellt, daß die Beamten ein wohlverdientes Recht darauf haben, nicht vorzeitig und nicht unter andern als den gesetzlichen Formen ihres Amtes entthoben zu werden. Der Bundesvorstand war sich in schärfster Verurteilung und in nachdrücklichstem Protest gegen die bisher noch nie erhörten Eingriffe in das Beamtenrecht einig. Er erwartet von den Beamten, daß sie im Interesse ihrer eigenen Sicherheit, im Interesse der Erhaltung des Berufsbeamtenstands und im Interesse der Bevölkerung schlimmster Parteiwillkür bei Einziehung und Entlastung von Beamten am 31. Juli aus den Ereignissen die politische Konsequenz ziehen.

Die Gelben und der Reichsarbeitsminister. Der Reichsarbeitsminister hatte nach seinem Amtsantritt auch die Vertreter der wirtschaftsneutralen Werkvereine empfangen. Die Gelben knüpften daran große Hoffnungen. Sie glaubten, die Regierung der Hitlerbarone werde nun ihre Anerkennung als tarifähige Vertragspartei herstellen. Daraus ist aber nichts geworden. Der Reichsarbeitsminister ist der Auffassung, daß es wie bisher den mit der Auslegung der Gesetze betrauten Stellen überlassen bleibt, ob sie die Werkvereine als Tarifvertragspartei anerkennen können. An dem bisherigen Zustand ändert sich also nichts. Die Macht der Tatsachen ist doch eine starke Macht.

Ein Syndikus Leiter der NSDW. Der „Deutsche“, das christliche Gewerkschaftsorgan, macht die fast unglaubliche Mitteilung, daß der frühere Syndikus der Arbeitgeber für das Baugeschäft, ein Dr. Hohen, in Köln Führer der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation geworden ist. Nachdem er von den Unternehmern gegangen war, ist und nach dem ergebnislosen Versuch, auf den Krücken einer großen Partei an eine ihm begehrte Stelle zu kommen, machte er dann den großen Sprung nach rechts und gibt dort nun den Führer ab. Auch hier versucht er, entsprechend seiner früheren Tätigkeit, die Straßenbahner im Lohn zu schwägen. So verlangt er in einem Schreiben an die Stadtverwaltung den Abbau der Zulagen, die für bestimmte Tätigkeiten als Ausgleich für entgangene Lohn gezahlt werden. In einem andern Schreiben fordert er von der Verwaltung die Bekraftung von andersgearteten Arbeitern wegen der Verteilung von Flugblättern und wegen des Aushangs von Verannonungseinladungen für eine Gewerkschaftsversammlung am schwarzen Brett. Wenn etwas geeignet ist, den arbeiterfeindlichen und unternehmerfreudlichen Charakter der NSDW erleben zu lassen, so die hier widergegebene Mitteilung. Wir wollen hier nicht über die Zweckbestimmung der Syndiz in Unternehmerverbänden reden, es liegt aller klar auf der Hand, daß ihre wesentliche Aufgabe die ist, die Interessen der Unternehmer durch Verschlechterung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vertreten. Einen solchen Mann in den Dienst einer „Arbeiter“-partei zu stellen, dürfte das hanebüchen sein, was bisher von der NSDW bekanntgeworden ist. Die Arbeiter wissen nun wenigstens, daß die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation die freien Gewerkschaften bekämpft, um sie vermittelst solcher Syndiz an die Unternehmer zu verkaufen und zu verraten.

Egerton wird Reichsanzler? Die Naziparole hat gerade noch gefehlt, um über ihre letzten Leibchen keinen Zweifel offen zu lassen. Nachträglich wird vor der Gauleiterkonferenz der NSDW, die kurzlich unter dem Vorstoß Hitlers in München stattfand, gemeldet, daß u. a. der politische Beauftragte Hitlers erklärt hat, es warte für die Zeit nach dem 31. Juli folgende beiden Möglichkeiten gegeben und vorbereitet: 1. Die Reichstagswahlen ergeben eine Mehrheit für die Rechte (NSDW, Deutschnationale und bürgerlich Splitter). Dann wird sofort eine neue Regierung unter Beteiligung der Nationalsozialisten und unter dem früheren Kroyprinzen als Reichsanzler gebildet; Hitler selbst würde jedoch nicht in diese Regierung eintreten sondern die Leitung der Partei behalten. Diese neue Regierung würde fürs ganze Reich den Ausnahmezustand erklären und bestimmte Teile der Reichsverfassung aus der Kraft ziehen. Es wird sofort eine verfassunggebende Nationalversammlung einberufen, die Stimmabgabe soll eine öffentliche und kontrollierte sein. Bis zur Beendigung der Arbeiten dieser Nationalversammlung wird das parlamentarische System ausgehöhlt sein. Der politische Beauftragte Hitlers erklärt hierzu, daß er zu diesem Plan der Unterstüzung, nicht nur der Billigung und der Neutralität des „mächtigsten Mannes“ der Papen-Regierung, des Generals von Schleicher“ führt sei. 2. Die Reichstagswahlen ergeben keine Mehrheit für die Rechte. Sobald in der Nacht vom 31. Juli zum 1. August dieses Ergebnis feststeht, wird Hitler an die Regierung Papen ein Ultimatum stellen, sofort die Reichswehr und die SA zur Übernahme der Macht aufzurufen; es sei auf das bestimmteste damit zu rechnen, daß die Reichsregierung diesem — wie erklärt wurde — „nicht unerwünschten“ Druck weichen wird. Im übrigen seien die Machtmittel der NSDW heute bereits stark genug, um es auf eine Kraftprobe ankommen lassen zu können. Dieses zweite Fall sei in allen Einzelheiten vorbereitet. Kraftwagen- und Lastzugstafeln sind für das ganze Reich, vor allem für eine etwa erforderliche Zentrierung Berlins organisiert. Die in der Nacht zum 1. August anzuhaltende „Proklamation“ liege bereits vor, und die SA-Führer, die zur Befreiung der staatlichen Gebäude, der Rundfunkstudios, der Flugplätze, der Eisenbahnnotenpunkte usw. bestimmt hätten, hätten ihre Ordnern erhalten. Schließlich seien besondere Truppen ausgeschickt zur Beschaffung der Führer der SPD, der Eisernen Front und der Gewerkschaften, damit mit einem einzigen Schlag diese Organisationen lahmgelegt werden. — Die Leute tun gerade so, als ob sie nur zugreifen brauchen, um die Macht zu übernehmen. Sie scheinen irgendwelche Widerstände gar nicht zu sehen. Vielleicht erklärt sich das daraus, daß die Arbeiterschaft bisher noch keine zwingende Ursache hatte, zu zeigen, daß sie auch noch da ist. Das könnte in diesem Fall leicht eintreten.

Erleuchtung der italienischen Faixisten? Wir haben schon viel von in Italien genommenen Maßnahmen der deutschen Faixisten gehört... ja, wenn sie erst einmal die Macht haben. Da es bis dahin noch etwas Zeit haben wird — man darf sich nämlich nicht durch ihre Großmaßstäbe beeinhalten lassen —, geben wir in nachfolgenden die Eindrücke eines prominenten italienischen Wirtschaftsführers zur Frage der Arbeitszeit bekannt und empfehlen den Nazis, sich auch ihrerseits einmal zu dieser Frage zu äußern. Im faschistischen Regierungsorgan, dem „Popolo d’Italia“, wurde dieser Tage ein Interview mit dem Präsidenten der Fiat-Werke, Giovanni Agnelli, veröffentlicht, der an der Spitze des größten industriellen Unternehmens in Italien steht und um seine Meinung gefragt wurde, wie er sich einen Ausweg aus der heutigen Krise denkt. Er antwortete: „Einzig und allein durch eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine proportionale Erhöhung der Löhne.“ Und er begründete diese Ansicht in sehr ausführlicher und interessanter Weise. Worauf es heute vor allem ankomme, sei, das Mithverhältnis zwischen Waren-

